

programmschrift

gedanken zur gründung

Warum wir Veränderung und Wandel als Kennzeichen der modernen Demokratie akzeptieren sollten und wie wir dadurch zur Lösung vieler Probleme unserer Zeit und zu einer freieren, humaneren Gesellschaft gelangen könnten.

Ein Plädoyer für mehr Mut zur Demokratie von Andreas Schiel

Wer hat Angst vor Veränderung?

Leben wir in einer Gesellschaft der Verzagten, Mutlosen und Ängstlichen? Wir fürchten die Folgen des Klimawandels, den Zusammenbruch der Eurozone, den demographischen Wandel – und mit ihm wahlweise den Zustrom von Zuwanderern oder die Niederlage im internationalen Wettbewerb. Wir ängstigen uns vor dem Zerfall traditioneller sozialer und familiärer Strukturen und des Zusammenhalts zwischen den Generationen, vor der fortschreitenden Technisierung und Vermarktung unserer alltäglichen Lebenswelt. Wir erwarten den Niedergang des demokratischen Systems, den Verlust wirtschaftlichen Wohlstands und der politischen Handlungsfähigkeit unserer Republik. Kurz: Wir fürchten den Wandel und möchten uns gegen die Zukunft stemmen, weil sie uns bedrohlich erscheint.

Ist das die geistige Situation unserer Gegenwart? Gibt es nicht auch den Mut zur Veränderung, das Vertrauen auf die Versprechen von Humanismus und Aufklärung, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, die doch trotz aller Enttäuschungen und Fehlschläge unsere Gesellschaft nachhaltig zum Besseren beeinflusst zu haben scheinen? Und können wir denn angesichts unserer Geschichte ernsthaft glauben, der Wandel zum Besseren, ja auch nur der Erhalt des Guten, resultiere aus dem beharrlichen Festhalten am Bestehenden?

Und doch: Im 18. deutschen Bundestag sind vier mehr oder minder konservativ ausgerichtete Fraktionen vertreten. Sie verleugnen nicht die rasante Veränderung unserer Lebenswelt. Aber ihre Antworten auf jene Fragen, die dieser Wandel mit sich bringt und ihr Umgang mit den Chancen und Risiken, die jede Veränderung impliziert, gründen nicht selten auf Denkmustern der Vergangenheit und sind zu häufig

gerichtet auf ein Aufhalten des Unvermeidlichen. Zu viele Chancen bleiben ungenutzt, und ein Ungeist angesteuerter Vermeidung und nervöser Reaktivität droht den Geist überlegten und tatkräftigen Gestaltens zu verdrängen.

Es gibt handfeste Gründe für diesen Verlust an Mut, an Tatkraft, an Hoffnung, der ja auch längst nicht nur diejenigen in Deutschland und Europa betrifft, die sich tagtäglich in der Politik engagieren. Wir nennen diese Gründe Globalisierung, Entmachtung der Politik; wir nennen sie Klimawandel, ökologische Katastrophe, Risikogesellschaft, wir nennen sie Technisierung, neue Unübersichtlichkeit, Krise des Sozialstaats. Und schließlich nennen wir sie Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft .

Aber sind all das unüberwindliche Probleme einer dem Niedergang geweihten, modernen Welt, oder werden sie nicht erst zu solchen, durch eine kurzsichtige, ja falsche Art der Betrachtung?

Demokratie als Motor einer positiven Entwicklung von Mensch und Gesellschaft

Wertkonservative Rückbesinnung auf Bewährtes kann zumindest in einem Punkt nicht schaden: Führen wir uns die Wurzeln des Humanismus, von Aufklärung und Demokratie vor Augen, versuchen wir den Wandel von der Welt des Mittelalters hin zur Moderne zu verstehen, dann wird offensichtlich: Veränderung im Sinne von Befreiung und freier Entfaltung, von Emanzipation und Ermächtigung ist der Motor, der die Geschichte seit mindestens 500 Jahren antreibt. Hätten unsere Vorfahren nicht Mut zur Freiheit, Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die Entschlossenheit zum selbstbestimmten Handeln besessen, der Zustand unserer heutigen Welt wäre ein gänzlich anderer. Natürlich könnten wir hoffen, dass der Menschheit dann auch manche Krise, und mancher (Welt)krieg erspart geblieben wäre. Aber wäre alles besser? Die Wiederholung aus Übermut und Wahn geborener Fehler vergangener Jahrhunderte werden wir jedenfalls nicht durch eine Taktik des Vermeidens und Wegschauens in der Zukunft verhindern können.

Wenn wir diese Fehler stattdessen als Aufforderung und Verpflichtung deuten, die Wurzeln unserer modernen Welt und unserer Gemeinschaftsordnung besser zu verstehen und ihre Ideale tatsächlich und nachhaltig zu verwirklichen – dann allerdings können wir an einer besseren Zukunft bauen, ohne das Erreichte zu gefährden. Denn wenn wir auf die demokratische Ordnung blicken, die sich aus den Ideen von Humanismus und Aufklärung entwickelt hat und die sich unter den Bedingungen einer rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung gar nicht schlecht entwickelt hat, dann können wir Mut schöpfen: Ohne dass wir heute schon gänzlich sagen könnten, wohin Demokratie letzten Endes führt,

welche Richtung eine freiheitlich organisierte Gesellschaft einschlagen mag, wissen wir doch: Keine bisher bekannte Ordnung ist derart gut gerüstet für den Umgang mit Wandel und Veränderung. Wie keiner anderen politischen Organisationsform ist der Demokratie der Wandel, die stete Erneuerung in die Wiege gelegt und ins Herz gewachsen. Demokratie reformiert sich ständig selbst. Sie ist zugleich Ursache und Objekt einer ständig stattfindenden gesellschaftlichen **Evolution**. Ja, Demokratie garantiert nicht, aber sie ermöglicht doch eine stetige Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zum Besseren, und sie erlaubt Menschen und Gemeinschaften in jeder erdenklichen Hinsicht zu wachsen.

Wenn wir diesen Zusammenhang verstehen und beherzigen, können wir den Blick relativ gelassen auf die Herausforderungen der Gegenwart richten und von da aus in die Zukunft schweifen lassen. Aber kann deshalb alles bleiben, wie es ist?

Antworten finden auf Grundprobleme unserer heutigen Zeit

Den Wandel begleiten und befördern, statt ihn zu verhindern, die Freiheit zu wagen, statt sie zu fürchten - das erfordert Mut, Zuversicht und Durchhaltevermögen. Aber ein solcher Geisteswandel, ein solcher Wechsel der Blickrichtung kann entscheidend dazu beitragen, weitaus gelassener und produktiver umzugehen, mit dem, was wir derzeit als die größten Probleme unserer Gegenwart begreifen. Was ist möglich?

Der um sich greifende Eindruck einer entmachteten Politik, die ihrerseits die BürgerInnen entmachteter und schutzlos einem globalen Markt überlässt, die daraus resultierende Unzufriedenheit mit der Demokratie - das sind fraglos ernst zu nehmende Herausforderungen. Aber wir können uns zu ihrer Bewältigung rüsten, wenn wir uns ihre Ursachen vor Augen führen. Denn beides - Lösung und Ursache unserer heutigen Probleme - sind zu suchen in den Grundstrukturen des fortgesetzten Entwicklungsprozesses moderner Gesellschaften.

Die Moderne folgt in ihrer Vorstellung von Politik und Gesellschaftsgestaltung vorwiegend dem Konzept einer planvollen Steuerung und möglichst lückenlosen Kontrolle nicht nur des staatlichen Handelns, sondern auch des wirtschaftlichen wie sozialen Geschehens. Dieser Ansatz einer möglichst exakten Steuerung gesellschaftlicher Prozesse war Bestandteil des Aufstiegs neuzeitlicher, zentralistisch organisierter Nationalstaaten. Es erwies sich dann aber in den rasch wachsenden Industriestaaten des 19. Jahrhunderts und spätestens in den bürokratisch überorganisierten Demokratien und Diktaturen des 20. Jahrhunderts als zusehends ungeeignet für die moderne Welt. Politik will planen, steuern und bestimmen. Aber ihre Kontrollversuche greifen immer öfter ins Leere oder stoßen auf Ablehnung und

Gegenwehr. Ein neues Verständnis der politischen Organisation moderner Demokratien wird gebraucht – und existiert bisher nur in Ansätzen.

Nötig ist die Erkenntnis, dass ein relativ ungesteuerter, ja ein im Detail nahezu unkontrollierbarer Wandel, der den Planungsabsichten der Politik immer wieder einen Strich durch die Rechnung machen kann, nicht Bedrohung und Problem sein muss, sondern vielmehr ureigenes Kennzeichen einer modernen Demokratie ist. Denn wenn unsere Gemeinschaft aus frei denkenden, entscheidenden und handelnden Individuen besteht und bestehen soll – was überrascht es uns da, wenn ständig Veränderungen stattfinden, die von den 'Mächtigen' nicht beabsichtigt, ja nicht gewollt waren? Wo freie Entwicklung stattfindet, da entsteht Unübersichtlichkeit und aus Sicht eines auf Steuerung und Kontrolle gerichteten Denkens sogar Chaos. Aber eine Gesellschaft entwickelt sich nicht zu ihrem Besten, wenn die Bemühungen von Politik ausschließlich darauf abzielen, dass Handlungsspielräume beschränkt, dass etwa kreative Ideen von Jugendlichen durch schulische Disziplin unterbunden, Initiativen von BürgerInnen durch die Verwaltung gestoppt werden, unternehmerische Kreativität von Bürokratie erstickt und die freie Entwicklung des Individuums in Bildung, Beruf und Engagement von einengenden Normalitätserwartungen und einer im schlechten Sinne marktzentrierten Arbeitswelt behindert wird. Statt möglichst alles und jeden plan- und kontrollierbar zu machen, sollte Politik sich fragen, wie sie einen freien und kreativen Wandel, kurz, die ganz natürliche Entwicklung demokratischer Gesellschaften klug ordnen, begleiten und befördern kann. Übrigens ohne dabei die Errungenschaften einer heute immerhin schon mehr oder minder humanen und solidarischen Gemeinschaftsordnung zu gefährden, sondern vielmehr mit der steten Zielsetzung, diese zu festigen und noch zu vertiefen.

Eine bessere Zukunft in Freiheit erstreben – durch Achtsamkeit und Vertrauen statt Kontrolle und Zwang

In der wissenschaftlichen Betrachtung von Politik weisen systemtheoretische Ansätze darauf hin, dass gesellschaftliche Prozesse nur sehr begrenzt steuerbar sind. Stattdessen müssen wir von Prozessen der 'Selbstschöpfung', der fortgesetzten Reproduktion und Veränderung sozialer Systeme aus sich selbst heraus ausgehen. Das verweist einerseits auf Grenzen gezielten politischen Handelns. Es zeigt aber auch: Vieles in unserer Gesellschaft funktioniert (fast) von selbst, wenn die Rahmenbedingungen gegeben sind, bzw. klug gesetzt werden.

Und das ist übrigens nicht nur der Grundgedanke jener Wettbewerbsordnung, die die ordoliberalen Schule der Wirtschaftswissenschaften formuliert hat und die sich heute dem Verdacht ausgesetzt sieht, in, wie

man häufig sagt, 'neoliberaler' Manier durch Aushebelung staatlicher Kontrollmechanismen und individueller Rechtsansprüche das Recht des Stärkeren über das Wohl der Gemeinschaft zu stellen. Nein, der Grundgedanke, dass staatliche Institutionen und Akteure nur einen klug und sorgfältig ausgestalteten Rahmen schaffen sollten, innerhalb dessen sich ein menschengemäßes und menschenwürdiges Tätigsein, eine weit gehend selbst regulierte Entwicklung von Individuen und Gesellschaft abspielen kann, - dieser Grundgedanke scheint der humanistischen Pädagogik und Psychologie ebenso eigen zu sein. Denn diese vertrauen darauf, dass jedem Menschen ein positives Potenzial zur Selbstentfaltung mitgegeben ist, welches von anderen vielleicht geweckt, unterstützt und behutsam gelenkt werden muss, aber nicht durch Druck und Zwang wachgerufen werden kann. In beiden Fällen also hoffen wir auf eine positive Entwicklung von Individuum und Gesellschaft, auf ein produktives Wirken von Menschen zum Wohle nicht nur ihrer selbst, sondern möglichst aller anderen. In beiden Fällen verzichten wir nach Möglichkeit auf allzu strikte und genaue Regeln und Vorschriften, auf die zwangsweise und autoritäre Durchsetzung dessen, was uns als richtig erscheint. In beiden Fällen ist es allerdings auch nicht Gleichgültigkeit oder gar Desinteresse, keine Haltung des *laissez-faire* und der Unachtsamkeit. Es geht vielmehr um die aufmerksame und stets zum Eingreifen bereite, aber auch um ihre Beschränktheit wissende und auf den einzelnen Menschen setzende Begleitung einer Entwicklung, auf deren guten Ausgang wir hoffen, und zu deren Gelingen wir alles tun, was die Integrität, die Kreativität und Kraft des einzelnen Menschen nicht beschädigt und hemmt.

Was kann das für den politischen Alltag bedeuten? Seit den 1970er Jahren wird zurecht vermehrt darauf verwiesen, dass eine kluge Umsetzung nicht nur kommunaler Politik die von ihr betroffenen Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und einbinden muss. Ja mehr noch: Wo aus bürgerlichem Handeln Politik entsteht, da wächst im Allgemeinen die Zustimmung und Zufriedenheit mit dieser Politik, weil sie von denen gemacht wird, für die sie bestimmt ist. Ein Staat, der seinen Bürgern zuhört und Bürger, die aufeinander hören, bilden ein kooperatives Netz wechselseitiger Aktivität und Kommunikation, das zur Grundlage eines produktiv funktionierenden und für alle befriedigenden Gemeinwesens werden kann.

Was aber geschieht in solchen (heute noch viel zu seltenen) Fällen gelingender Kommunikation und Partizipation, kurz einer vitalen Demokratie? Menschen schenken einander ihr Vertrauen und setzen darauf, dass die jeweils anderen den Willen und die Fähigkeit dazu besitzen, die gemeinsame Sache zum Erfolg zu bringen. Sie schenken einander Gehör und gegenseitigen Respekt, sie bauen auf die Kompetenz und Verantwortlichkeit ihrer Mitmenschen. Hier treffen sich die aufklärerische, liberale Vorstellung vom autonomen Subjekt und der humanistische Glaube an das Potenzial jedes Individuums.

Demokratie von allen für alle

Es ist an der Zeit, diese Ideale zur Verwirklichung zu bringen. Beginnen wir, an einer Gemeinschaft zu bauen, in der Menschen einander vertrauen, statt sich gegenseitig zu kontrollieren.

Natürlich ist der Weg dorthin noch weit. Und natürlich können wir vorerst auch auf tief greifende staatliche Eingriffe in wirtschaftliches Handeln und soziales Miteinander und in die individuelle Lebensgestaltung – wie sie z.B. viele Errungenschaften des Sozialstaates, unseres Rechts- und Bildungssystems darstellen – keinesfalls verzichten. Solche Übereinkünfte bilden heute das Fundament und den Nährboden, auf denen eine Gemeinschaft gegenseitigen Vertrauens und freier Entwicklung überhaupt entstehen kann.

Das bedeutet aber nicht, dass im Zusammenwirken von staatlichem Handeln und bürgerlichem Leben nicht Veränderungen eintreten können und sollten, die all denen, die es wünschen und dazu in der Lage sind, die Möglichkeit geben, das politische Geschehen stärker zu beeinflussen und mehr Verantwortung zu tragen. Mehr noch: Es ist im größten Maße wünschenswert, ja notwendig, dass der Kreis derjenigen, die aktiv das Zusammenleben mitgestalten, sich weit ausdehnt über den Zirkel gut situerter und privilegierter Schichten, die zumeist heute noch das politische Bewusstsein und Geschehen bestimmen. Eine Konzeption von Demokratie, die Humanismus und Aufklärung beim Wort nimmt, kann nur entfaltet werden als **Demokratie von allen für alle**. Es ist eine vordringliche Aufgabe unserer Gegenwart, diesen Prozess so zu gestalten, dass dabei tatsächlich alle gewinnen; dass die Ausgrenzung marginalisierter und benachteiligter Gruppen und Individuen endet, ohne dabei das Potenzial und die Kreativität derjenigen einzuschränken, die heute schon Großes beitragen.

Eine solche umfassend demokratisierte, aber nicht zwangsweise egalisierte, sondern vielmehr durch Vertrauen und Respekt geprägte Gesellschaft wäre - weitaus besser als unser heutiges Gemeinwesen - in der Lage, Individuen bei der Entfaltung ihres Potenzials zu unterstützen. Sie müsste Menschen nicht mehr nach abstrakten Kategorien einteilen, nicht zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Ausländern und Einheimischen, Frauen und Männern, Kranken und Gesunden, Konformen und Außenseitern unterscheiden. Die quantitative Beurteilung von Fähigkeiten und Leistungen könnte einem Blick auf die einzigartigen Qualitäten weichen, die jedem Menschen eigen sind.

So könnte sie aussehen, die Zukunft der Demokratie. Es lohnt sich, an ihrer Verwirklichung zu arbeiten!

Berlin, im August 2014